

BUNDESTAG

Rechtswidrige Bindung

Die Bundestagsverwaltung hat über Jahre hinweg Aufträge vergeben, ohne sie vorher auszuschreiben. Das geht aus einem vertraulichen Prüfbericht der Innenrevision hervor. Die Beamten nennen dort einen Auftrag über Bindungen von Bundestagsdrucksachen, stenografischen Berichten und Bundesgesetzblättern. Die Vergabe der Arbeiten sei „mindestens seit dem Jahr 2001“ und bis zum Jahr 2008 sowohl „ohne schriftliche rahmenvertragliche Grundlage“ als auch „ohne die vom Vergaberecht vorgesehene regelmäßige Neuvergabe der Leistung“ erfolgt. Insgesamt flossen rund 200 000 Euro an die Bonner Buchbinderei Dormagen, die im Februar 2008 noch einmal einen freihändig vergebenen Anschlussauftrag erhielt, der letztendlich rund 34 000 Euro gekostet hat. Die Innenrevisoren kritisieren auch mangelhafte Dokumentationen bei der Lieferung von 20 000 Einwegkopfhörern sowie bei der Bereitstellung eines Internetzugangs zu Test- und Diagnosezwecken. Die Verwaltung führt die versäumte Ausschreibung unter anderem auf eine „zum damaligen Zeitpunkt unklare Zuständigkeitsverteilung und unzureichende Verfahrensabstimmung zwischen den beteiligten Referaten“ zurück.



FOCKE STRANGMANN / DAPD

Altmaier am Windpark „Alpha Ventus“

ENERGIE

Für kleines Geld

Industrieunternehmen, die ihre Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien begrenzen lassen wollen, müssen ab Februar Gebühren für ihre Anträge beim Staat bezahlen. Das sieht eine Verordnung von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) vor. Eine abschreckende Wirkung für Antragsteller dürfte von der neuen Gebühr allerdings kaum ausgehen, da sie nur einen Bruchteil der zu erwartenden Entlastung ausmacht. Ein energieintensives Unternehmen wie eine Papierfabrik mit einem Jahresverbrauch von etwa hundert Gigawattstunden müsste nach der Verordnung etwa 6500 Euro für den Antrag entrichten; die Begrenzung selbst brächte der Firma jedoch ein Plus von 5,1 Millionen Euro. Der grüne Energieexperte Oliver Krischer hält die neue Gebührenordnung für den „albernen Versuch, in der Öffentlichkeit den Anschein einer finanziellen Beteiligung der ansonsten befreiten Industrie zu erwecken“.

HAUPTSTADT

Mit Brunnen und Rossbändiger



Musterfassade des Stadtschlosses

STEFAN BONESS / IPON

Modern oder historisch? Die Bundesregierung hat sich in die Diskussion um das Erscheinungsbild der Hauptstadt-Mitte eingeschaltet. Es geht darum, wie die Außenanlagen des zukünftigen Berliner Schlosses gestaltet werden sollen. Der Vertreter der Bundesregierung im Stiftungsrat, Bau-Staatssekretär Rainer Bomba, hat sich dabei für die Traditionalisten eingesetzt. Er warnt vor einem „gestalterischen Bruch“ zwischen den das Stadtbild prägenden historischen Fassaden des Schlosses und der Umgebung. Nur ein „harmonisches Ganzes“ könne am Ende überzeugen, schrieb er an die Berliner Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, eine Anhängerin moderner Architektur. Die Befürworter der historischen Rekonstruktion im Preußen-Stil plädieren etwa für die Rückkehr des Neptunbrunnens auf den Schlossplatz. Auch die „Rossbändiger“ sollen dort wieder aufgestellt werden, ein Geschenk des russischen Zaren Nikolaus I.

KOALITIONSAUSSCHUSS

Noch nicht eingeladen

Das für den 31. Januar geplante nächste Treffen des Koalitionsausschusses ist in Gefahr. Zwar drängt die CSU auf Beratungen, vor allem über die steigenden Strompreise. Dennoch konnten bislang keine Einladungen versandt werden. Der Grund, so heißt es in Unionskreisen: Wegen der Führungskrise in der FDP sei zumindest bis zur Wahl in Niedersachsen nicht klar, wer von den Liberalen an dem Treffen teilnimmt. Für die Freien Demokraten sind normalerweise der Parteichef und Vizekanzler Philipp Rösler, Fraktionschef Rainer Brüderle und die stellvertretende FDP-Vorsitzende Birgit Homburger dabei. Zuletzt traf sich der Koalitionsausschuss im vergangenen November.